

Hinter dem «Eisernen Vorhang»:

## Ans einem Tolenland

Ein Bericht von Robert Jungk

Es gibt heut« In Europa nicht nur einen eisernen Vorhang. Es gibt zwei. Dieser zweite eiserne Vorhang, von dem man nicht spricht und sehr wenig weiss, scheidet die russische Okkupationszone in Deutschland gegen Osten von jenen ehemals deutschen Gebieten, die auf der Potsdamer Konferenz den Polen übergeben wurden und der alliierten Deutschlandverwaltung nicht unterstehen. Jedermann, der diese Grenze, die sich an die Oder- und Neisseinie lehnt, überquert hat, wird bestätigen, dass dort die Kontrolle noch viel schärfer ist als an der Grenze, welche die alliierte und die russische Okkupationszone voneinander trennt. Das hat seinen guten Grund. Man wünscht hier keine Besuche von aussen. Denn hinter der Odr-Neisseinie beginnt das Land ohne Sicherheit, das Land ohne Gesetz, das Land der Vogelfreien, das Tolenland. Während in der von den Russen okkupierten Zone heute doch eine gewisse Ordnung herrscht und Unrecht mehr zufällig als planmässig geschieht, regiert in den weiten Gebieten zwischen der früheren deutsch-polnischen Grenze und der Oder die Willkür und die Gewalt. Als dieses Gebiet den Polen nach den Potsdamer Vereinbarungen zugesprochen worden war, glaubte die ansässige deutsche Bevölkerung zuerst, sie werde sich mit den Polen nicht schlechter oder sogar besser vertragen als mit den Russen. Heute ist es aber so, dass die Bewohner sich an die kleinen durchziehenden oder da und dort zur Nachschubsicherung stationierten russischen Abteilungen wenden müssen, um Schutz vor den Uebergriffen der Polen zu finden. Wer die polnische Zone verlassen hat und in russisch okkupiertes Gebiet gelangt, atmet geradezu auf. Hinter ihm liegen leergeplünderte Städte, Pestdörfer, Konzentrationslager, öde unbestellte Felder, leihenbesäte Strassen, an denen Wegelagerer lauern und Flüchtigen die letzte Habe rauben.

All, das und alles, was in den kommenden Zeilen beschrieben werden wird, ist leider wahr. Man mache es sich nicht leicht und tue es als «Greuelpropaganda» ab. Zu oft schon hat man in den letzten Jahren dem unvorstellbar Entsetzlichen nicht glauben wollen, zu oft haben diejenigen, denen Enthüllungen unangenehm sein mussten, sie als «Lügen» oder «Propaganda» abgetan. Es ist wahr, dass in dem Orte G. auf öffentlichem Platze Mädchen, Frauen, Greisinnen von Angehörigen der polnischen Miliz vergewaltigt wurden. Es ist wahr, dass auf dem Bahnhof von B. sämtliche Flüchtlingszüge regelmässig derart ausgeraubt werden, dass die Insassen nackt weiter gen Westen reisen müssen. Es ist wahr, dass in weiten Gegenden Schlesiens kein einziges Kind unter einem Jahr mehr am Leben ist, weil sie alle verhungern mussten oder erschlagen wurden. Es ist wahr, dass in Oberschlesien die von Syphilis angesteckten Frauen als «Behandlung» einfach einen Kopfschuss erhalten. Und es ist wahr, dass eine Selbstmordwelle durch das Land geht. In einzelnen Orten hat sich ein Zwölfstel, in anderen bereits ein Zehntel oder sogar ein Fünftel

der Bevölkerung ums Leben gebracht. Es ist wahr, dass in den sogenannten Arbeitslagern Sownowice und Centoschowitz Insassen nächtelang bis zum Hais in eiskaltem Wasser stehen müssen und dass man sie bis zur Bewusstlosigkeit schlägt.

Und warum geschieht das alles? Nun, es ist furchtbar genug: diese Welle barbarischer Misshandlungen wurde ausgelöst durch das Bemühen der «grossen Drei», das Schicksal der Deutschen im Osten zu mildern. Jawohl, zu mildern! Die Berichte, die damals über das durch die zwangsweise Evakuierung verursachte Elend an die Weltöffentlichkeit gedrungen waren,

gungslos als verfallen erklärt haben und nur der polnische Zloty Gültigkeit hat. Seit der deutschen Kapitulation hat es in Breslau weder Fett noch Fleisch gegeben. Die Bewohner machen Proviantexpeditionen ins Hinterland der Stadt. Sind sie glücklich genug, ein paar Rüben und Kartoffeln zu bekommen, so wird ihnen das meist bei der Rückkehr schon in den Vororten von den polnischen Milizsoldaten wieder abgenommen. Dass die Sterblichkeit unter diesen Umständen enorm ist, kann nicht Wunder nehmen. Polnische Beamte, die übrigens infolge der Unordnung in der Breslauer Stadtverwaltung selbst seit Monaten keine Zahlungen erhalten ha-

entgegenstellen. Erschütternd lesen sich Berichte aus den Seuchengebieten: «In St. sind 80 Personen von einer Bevölkerung von 400 an Typhus erkrankt. Keine Medikamente im Dorf. Kein Doktor auf dem Rechtsufer der Oder. Der Sekretär der «Caritas» in Str. berichtet, dass auch seine Medikamente zur Neige gehen. Da wir durch die Seuche isoliert sind, will uns niemand Nahrungsmittel bringen. Wir können den Kranken nicht helfen. Alles was wir tun können ist, sie zu isolieren. Ziemlich alle Dörfer an der Eisenbahnlinie Breslau—Frankenstein sind vom Typhus infiziert.»

Die «Lösung» in vielen Fällen ist nun, dass man infizierte Ortschaften, wie einst im Mittelalter die Peststädte, vollständig isoliert ihre Bewohner dürfen über den Umkreis des verpesteten Dorfes nicht hinaus oder müssen riskieren, erschossen zu werden. Natürlich ist eine absolute Kontrolle nicht möglich, und so wird der Typhus immer weitergeschleppt.

«Da muss doch etwas getan werden...» Das ist die erste Reaktion eines jeden Menschen, der die Situation im polnisch besetzten Teile Deutschlands sich einer immer furchtbareren Katastrophe zu entwickeln sieht. Leider kann aber nichts getan werden, wenn dieses Gebiet nicht wenigstens ebenso wie die anderen okkupierten Gebiete Deutschlands einer Kontrolle der vier Grossmächte unterstellt wird. Solange alles deutsche Gebiet jenseits der Oder, wie das in Potsdam geschah, allein unter polnischer Kontrolle bleibt, wird sich vermutlich nicht viel ändern. Denn da dieses Territorium erst von der kommenden Friedenskonferenz endgültig als polnisch anerkannt werden kann, tun die Polen alles, um in möglichster Eile und Rücksichtslosigkeit ihre «Zone» im Hinblick auf die endgültige Grenzziehung zu entgermanisieren. Diejenigen, die vor Hunger, Seuche, Misshandlung und Plünderung aus den von den Polen besetzten Regionen fliehen, haben vor dem Verlassen der polnischen Zone einen Schein zu unterzeichnen, in dem sie erklären, sie seien selbstverständlich aus freiem Willen gegangen. Es soll doch niemand später am grünen Tisch sagen können, dass nicht alles korrekt zugegangen sei!

Wenn etwas für das «Tolenland» jenseits der Oder getan werden kann, dann wird es zuerst und am ehesten von russischer Seite geschehen müssen. Es mehren sich die Zeichen, dass die Russen mit der von den Polen verfolgten Okkupationspolitik keineswegs einverstanden sind und daran denken, den von den Polen besetzten Teil Ostdeutschlands wieder in eigene Verwaltung zu nehmen. Denn die Russen können es sich nicht leisten, dass ihr Nachschub aus dem Osten und ihre Verkehrsverbindungen mit der Heimat durch die chaotischen Zustände in der polnischen Zone gefährdet werden. Sie sind zudem der Ansicht, dass der grössere Teil der Kritik an der heute in aller Welt so stark angefeindeten Politik in den deutschen Ostgebieten weniger an ihre Adresse als an die der Polen zu richten sei. Ob es allerdings ganz ohne Schwierigkeiten gehen wird, «maohine arriere» zu machen, ist eine andere Frage. «Weisse» und «rote» Polen, die sonst heftig gegeneinander Intrigieren, sind sich doch in dem Punkte einig, dass die neubesetzten deutschen Gebiete polnisch bleiben sollen. Die schon seit Wochen bestehende polnisch-russische Spannung, die in Ostpreussen sogar bereits zu bewaffneten Zusammenstössen geführt hat, würde durch einen offenen Konflikt über der Frage der Verwaltung in den deutschen Ostgebieten kritisch verschärft werden.

Zweifellos wird man sich aber auch noch anderwärts mit den Zuständen im «Tolenland» beschäftigen, sobald mehrere Rapporte wie dieser, der, so viel wir wissen, zum erstenmal die Zustände im polnisch besetzten Deutschland an die Öffentlichkeit bringt, die Aufmerksamkeit der Weltmeinung erregt haben. Denn es geht hier um noch viel mehr als «nur» um das Leben einiger Millionen Deutscher, es geht um die moralische Reinheit und Stärke der antifascistischen Bewegung in der Welt.

Wenn alle diejenigen, die Hitler und Mussolini unter grossen Opfern bekämpften, um eine bessere Welt aufzubauen, es zulassen, dass ihr Kampf jetzt von Rowdies und Chauvinisten ausgenützt und beschmutzt wird, dann sehen wir keine grosse Hoffnung für die Zukunft. Man hat mit Recht den Deutschen vorgeworfen, dass sie in ihrem Glauben an die Mission ihres Vaterlandes solange die Augen vor den Greuelthaten des Nazismus verschlossen hätten. Sollen die Vorkämpfer der Demokratie später einmal den gleichen Vorwurf auf sich sitzen lassen müssen? Auch wir alle werden «Mitschuldige» sein, wenn wir nicht täglich und stündlich die Schandthaten, die heute im Namen der Demokratie und der Freiheit begangen werden, enthüllen. Nichts anderes wollten diese ersten Zeilen aus dem Land der Vogelfreien, aus dem Tolenland jenseits der Oder.

## DIE TURE ZUR WELT

INFORMATIONSDIENST DER WELTWOCHEN FÜR ARBEITSMÖGLICHKEITEN IM AUSLAND

Eine gute Idee kommt zur Aufführung!

In unserer Nummer vom 8. Oktober berichteten wir von der guten Idee eines Auslandssohwaiers, Herrn Zwahlen, welcher das Wissen und die Erfahrung zurückgekehrter Auslandschweizer in den Dienst unserer jungen, auswanderungslustigen Leute stellen wollte. In der Zwischenzeit hat nun das Auslandschweizerwerk der NHG diesen ausgezeichneten Gedanken aufgegriffen und eine Vermittlungsstelle für Auslandserfahrungen geschaffen. Dieser Tage wurden die Rückwanderer und besonders die ehemaligen Ueberaeer durch einen Aufruf durch die Presse gebeten, sich als Batgeber der «Jungen» zur Verfügung zu stellen. Das Auslandschweizerwerk der NHG (Bundesgasse 38, Bern) sammelt ihre Adressen und wird eine Karteothek anlegen, die für alle, welche hinausziehen wollen, von unschatzbarem Wert sein wird. Denn diese Adressen sollen Jedem Jungen Menschen, der ins Ausland führt, zugänglich sein.

Damit nicht genug: Das Auslandschweizerwerk hat überdies die Absicht, in einer weiteren Aktion «Orientierungskurse für Auswanderer durchzuführen, die ebenfalls von ehemaligen Auswanderern abgehalten und somit voll von praktischen erprobten Winken und Ratschlägen sein werden. Und schliesslich kann sich ein jeder, der eine Stelle im Ausland sucht, in der Zeitschrift des Auslandschweizerwerkes in die Rubrik «Stellengesuche» aufnehmen lassen, was schon deshalb recht interessant ist, weil diese — im übrigen ausgezeichnet redigierte — Zeitung von den Schweizern aller Länder häufig und gerne gelesen wird. Also eine ganze Reihe von Lichtblicken, die beweisen, dass sich das Auslandschweizerwerk in überaus initiativer und erfreulicher Weise um die Bedürfnisse unserer Jungen kümmert! S v C

### Das neue Polen

hatten die Grossmächte veranlasst, der polnischen und tschechoslowakischen Regierung die Einstellung der übereilten Zwangsdeportationen zu empfehlen. Die Tschechen haben diesen Appell befolgt, und die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach Deutschland und Oesterreich geht jetzt in geordneter, wenn irgendmöglich menschlicher Weise vor sich. Anders die Polen. Auch sie stoppten zunächst die Evakuierungen. Aber zugleich taten sie alles, um die deutsche Bevölkerung, die sie los sein wollten, zum «freiwilligen» Verlassen des neuen polnischen Territoriums zu veranlassen. Das verhältnismässig noch mildeste Mittel, das die neuangesetzten polnischen Woiwoden und Bürgermeister anwenden, ist die Aushungerung. In dem Städtchen S. werden für die 15 000 deutschen Einwohner nur 7000 Brotrationen ausgegeben. Die 8000, die keine Rationierung zuteil erhalten, können noch eine Zeitlang durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten auf dem schwarzen Markt etwas Brot bekommen, dann bleibt ihnen nur der Hungertod oder — die «freiwillige» Wanderung nach dem Westen.

Schlimmer noch steht es in Breslau. Dort gibt es überhaupt kein allgemeines Rationierungssystem. Nur die Polen und diejenigen Deutschen, die für die Stadtverwaltung arbeiten, erhalten etwas Nahrung. Die anderen müssen versuchen, sich so gut zu beheifen, wie es eben geht. Auch ihnen steht der «schwarze Markt» offen. Wollen sie dort aber mit ihren Ersparnissen in Mark kaufen, so erhalten sie nichts, da die Polen alle Markwährung entschädi-

gen, geben ganz offen zu, dass sie hoffen, durch die Hungerdezimierung der deutschen Bevölkerung werde bis Weihnachten das gleiche Ziel erreicht sein, das ursprünglich durch Deportation hatte erreicht werden sollen.

Mindestens ebenso schlimm wie den Hunger empfinden die noch in dieser Zone lebenden Deutschen den Mangel an Sicherheit und Recht. Es gibt keine Instanzen, an die ein Bauer, der von Plünderern überfallen wurde, sich wenden könnte, es gibt keine Polizei, die ihn schützt, keine Richter, die ihm Recht verschaffen könnten. Jedermann muss stündlich und täglich Gewalttaten auf Gut und Leben erwarten, ohne dass ihm eine Möglichkeit legaler Gegenwehr gegeben wäre. Dass bei solchen Raubzügen auch gerade solche Deutsche leiden mussten, die erwiesenerweise im Kampf gegen die Nazis ihre engsten Verwandten verloren, dass Juden, die in stillen Landkreisen hatten untertauchen können, nun da sie wählten gerettet zu sein, von den Polen umgebracht werden, das sind besonders dunkle Schatten auf einem ohnehin schon düsteren Bilde. Zu allem kommt noch Krankheit und Seuche. Je weiter man von Berlin gegen Osten fährt, desto häufiger sieht man an den Ortseingängen die grossen Plakate mit dem in lateinischer und cyrilischer Schrift aufgemalten Warnungswort: TYPHUS! Die ausgemergelten Körper der Hungernden geben noch Nährboden für den Bazillus ab, und die Seuche entwickelt sich mit der Schnelligkeit eines Waldbrandes im ganzen Gebiete östlich der Oder-Neisseinie. Aber es ist ein «Waldbrand», dem sich keine Feuerwehrleute